



NEWSLETTER II / 2016

# NORD|SÜD *news*



Das Flüchtlingslager ist kein Ort, in dem man lange leben möchte

## Die großen Migrationsbewegungen

# Bessere Arbeit für alle

**Zigtausende syrische Flüchtlinge sitzen in der Türkei fest. Mit einem Pilotprogramm versucht die Internationale Arbeitsorganisation, ihnen eine Chance auf menschenwürdige Arbeit zu verschaffen.**

Rafat Sabbagh hatte sich sein Leben anders vorgestellt: „Ich fühle mich wie eine Maschine, nicht mehr wie ein Mensch“, sagt der 27-jährige Syrer. Er sitzt in einem Cafe im Istanbul Stadtteil Zeytinburnu, wo sich dutzende kleine Textilfirmen befinden. Von überall her ist das Rattern von Nähmaschinen zu hören, das Zischen großer Dampfbügeleisen. Der junge Mann ist angespannt. Länger als 15 Minuten darf er nicht von der Arbeit wegbleiben.

Sabbagh hat im syrischen Damaskus Kunst studiert. Er wollte Kindern Malerei beibringen, sie

für Farbkompositionen und Lichtreflexe begeistern. Jetzt näht er Wäscheetiketten in T-Shirts, bis zu zwölf Stunden am Stück, sechs Tage die Woche, für umgerechnet 250 Euro pro Monat. Damit verdient der Künstler die Hälfte des türkischen Mindestlohns, der bei umgerechnet rund 520 Euro brutto liegt. Tausende SyrerInnen, so schätzen die türkischen Gewerkschaften DISK, TÜRK-İŞ und HAK-İŞ schufteten zu ähnlichen Bedingungen auf dem Bau oder in Fabriken. Der Arbeitgeberverband TISK geht davon aus, dass rund 300.000 syrische MigrantInnen hier arbeiten, auch Kinder, mehrheitlich auf dem Schwarzmarkt. Insgesamt leben rund 2,5 Millionen aus Syrien Geflüchtete in der Türkei.

Diese Situation hat die Internationale Arbeitsorganisation ILO auf den Plan gerufen. Seit 2015 unterstützt sie die Integration mit einem

Weiter auf Seite 2



### Inhalt

#### Titel

- | Bessere Arbeit für alle ..... S. 1f
- Migration: Der Kommentar
- | Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort, bitte! ..... S. 2
- Migration aus ökonomischen Gründen
- | Unverzichtbarer Wirtschaftsmotor ..... S. 3
- Uganda: Arbeit durch Einwanderung
- | Auf Antrag Asyl und ein Stück Land für Flüchtlinge ..... S. 4
- China: Prekäre Jobs durch Binnenmigration
- | ArbeiterInnenprotest soll soziale Schieflage richten ..... S. 5
- Studie zu Arbeitsbedingungen
- | Hier das reiche, dort das arme Ende der globalen Lieferketten ..... S. 6
- TTIP – Die Leaks
- | Von Ablehnung bis zum Gegenentwurf ..... S. 7
- Brexit-Abstimmung
- | Brexit: Droht der EUxit? ..... S. 8
- In Kürze
- | Vorgestellt: André Edelhoff; Globale Ketten im Seminar in Hattingen u.a.; Impressum ..... S. 9

Fortsetzung von Seite 1



Migration: Der Kommentar

Sonderprogramm. „Die Antwort der ILO auf den Zustrom der syrischen Flüchtlinge in der Türkei“, nennt sie das. Ziel ist es, die Auswirkungen der Flüchtlingskrise durch bessere Arbeitsbedingungen zu mildern. Im Angebot sind Türkischsprachkurse und Fortbildungsprogramme etwa als FriseurIn in Flüchtlingscamps – überwiegend durchgeführt in Städten an der türkisch-syrischen Grenze.

Das soll auch der türkischen Gastgemeinschaft helfen. Denn die neuen billigen Arbeitskräfte verdrängen schlechter ausgebildete Einheimische. Dem könne man nur begegnen, indem man sich überall an den Decent-Work-Richtlinien orientiere, hieß es kürzlich auf einer Veranstaltung der ILO in Istanbul am Rande des Weltgipfels zu humanitärer Hilfe. Momentan nehmen rund 300 SyrerInnen an dem Programm teil. Seit Januar erlaubt die türkische Regierung zudem registrierten Geflüchteten, eine Arbeitserlaubnis zu beantragen – was nicht heißt, dass sie auch eine bekommen.

Auch das ILO-Programm erreicht viele Menschen gar nicht erst. Sabbagh etwa. Auf seinem Handy zeigt er Bilder aus der Fabrik, in der er mit knapp 60 anderen arbeitet, dicht an dicht in hartem Neonlicht. Notausgänge sind keine zu sehen. Auch Reem Zaidan arbeitet in Zeytinburnu, sie näht Schleifchen an Kinderkleidung. „Für uns ist diese Arbeit überlebenswichtig“, sagt die 18-Jährige aus dem syrischen Aleppo. „Auch wenn ich manchmal bis zu fünfzehn Stunden am Stück arbeiten muss, auch wenn die Bezahlung eine Unmöglichkeit ist, es ist eine der wenigen Chancen, Geld für eine Weiterreise nach Europa zu verdienen.“

Beide schildern, dass ihre Vorgesetzten sich weder um Arbeitszeiten, noch um das Anrecht auf den gesetzlichen Mindestlohn, einen gesundheitsverträglichen Arbeitsplatz oder gar gesetzliche Rentenbeiträge oder die Einzahlung in eine Krankenkasse kümmern. Denn sie wüssten, dass ohnehin niemand sie kontrolliere – und wer seine Rechte einfordert, kann umgehend ohne Lohn wieder gehen.

Ohnehin sind die Rechte der ArbeitnehmerInnen in der Türkei kaum geschützt. Während über Jahre hinweg die ökonomischen Bilanzen unter der regierenden AKP (deutsch: Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) glänzten, scherte sich kaum einer darum, ob die Arbeitsschutzmaßnahmen eingehalten werden. Ein harter Brocken für die internationale Gemeinschaft.

Çiğdem Akyol

Die Autorin lebt und arbeitet in Istanbul.

## Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort, bitte!

**Migration bietet viele Chancen, wird aber oft auch als Bedrohung für den Arbeitsmarkt gesehen. Dieses Problem ist mit übergreifenden Sozialstandards lösbar.**

Wer darüber redet, wie sich Migration auf den Arbeitsmarkt, auf die Arbeitsbedingungen und das Standing der Gewerkschaften auswirkt, tut gut daran, drei Phänomene zu unterscheiden: die Migration, oft Mobilität genannt, innerhalb Europas, die Migration weltweit und die Fluchtbewegungen in der jetzigen Krise.



Foto: Josh Zakary/flickr, CC BY-NC 2.0

Flüchtlingskrise: „Es besteht die Pflicht, Solidarität zu zeigen.“

Es mag verlockend sein, die Migration innerhalb der EU außen vor zu lassen mit dem Argument, durch den EU-Binnenmarkt und die europäische Sozialpolitik sei alles geregelt. Nur, die EU kann in der Sozialpolitik lediglich grundlegende Standards vorgeben, ihr Auftrag ist begrenzt. So besteht die EU immer noch aus 28 national geregelten Arbeitsmärkten. Arbeitsrecht, Sozialpartnerschaft, Tarifrunden, Mindestlöhne sind nicht einheitlich. Obendrein ist die Freizügigkeit auch eingeschränkt und eine Zusammenarbeit im Sinne einer einheitlichen EU-Sozialpolitik von der Mehrheit der nationalen Regierungen nicht gewünscht.

Die Öffnung der Arbeitsmärkte war schon umstritten, als im Jahr 2004 acht mittel- und osteuropäische Staaten der EU beitraten. Die polnische Gewerkschaft NSZZ Solidarność hat, als es in Polen um den EU-Beitritt ging, sehr dafür geworben, den social acquis, die gesamte soziale Säule der EU, ab dem ersten Beitrittstag zu übernehmen, also auch das Recht, in jedem Mitgliedsland der EU zu leben und zu arbeiten.

Für ArbeitnehmerInnen war das entscheidend, um den Beitritt zu unterstützen. Mit der Freizügigkeit von Handel und Kapital hätte man sie nur schwer überzeugen können. Die freie Wahl zu haben, wo ich lebe und arbeite, ist eine der größten Errungenschaften der EU. Zugleich darf sie aber nicht davon ablenken, dass es im eigenen Land auch immer die Möglichkeit geben muss, gut zu leben und zu arbeiten. Es darf innerhalb der EU keine Migration geben, die aus Armut, Arbeitslosigkeit und fehlenden Optionen hervorgeht.

Das größte Problem sind aber entsendete ArbeitnehmerInnen, also Frauen und Männer, die von im Ausland ansässigen ArbeitgeberInnen eingesetzt werden, um grenzübergreifende Dienstleistungen zu erbringen. ArbeitgeberInnen in den Zielländern beschäftigen sie zu den im Herkunftsland üblichen Konditionen – die meist weit schlechter sind als die in dem Staat, in dem die Fabrik steht. Das ist unfairer Wettbewerb, Sozialdumping und Missbrauch. Darum fordern wir gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Und das muss auch für MigrantInnen gelten, die von außerhalb der EU kommen. Die internationalen Bewegungen stellen uns vor große Herausforderungen: MigrantInnen müssen in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt integriert werden. Das ist aber auch eine große Chance im Angesicht der demographischen Krise. Nur: Der zerteilte europäische Arbeitsmarkt macht es kompliziert, diese Potenziale zu nutzen. Auch darum muss das europäische Sozialmodell gestärkt werden.

Die derzeitige Flüchtlingskrise ist derweil noch anders anzugehen. Es besteht schlicht die humanitäre und moralische Pflicht, Solidarität zu zeigen und Kriegsopfern zu helfen, die alles verloren haben und einen Platz zum Überleben suchen. Wir müssen also beides tun: die Debatte führen, wie wir die Migrationsbewegungen auch mit einem ausgewogeneren europäischen Ansatz am besten meistern. Und: das Leben von Flüchtlingen retten, wo und wann immer nötig.

Andrzej Adamczyk; Übersetzung aus dem Englischen: Hanna Gersmann

Der Autor leitet die Abteilung Internationale Beziehung, der polnischen Gewerkschaft Solidarność.



Foto: © privat





# MigrantInnen – unverzichtbarer Wirtschaftsmotor

**In den Industrienationen stellen Zuwandernde rund ein Achtel aller Arbeitenden. Diese stehen unter einem sehr hohen Erwartungsdruck. Darum landen sie oft in illegaler Beschäftigung.**

Die täglichen Horrornachrichten von ertrunkenen Flüchtlingen im Mittelmeer und die Diskussionen über eine bessere Abschottung der EU-Außengrenzen versperren den Blick auf eine fundamentale Triebkraft der Globalisierung: Migration aus ökonomischen Gründen. Anders gesagt: Wanderarbeit. Diese ist weniger ausgeprägt, als es die Globalisierung des Kapitals und so manche politische Diskussion glauben machen.

Nach UN-Angaben gab es 2015 177 Millionen MigrantInnen im arbeitsfähigen Alter auf der Welt. Das klingt viel, ist aber gerade mal rund fünf Prozent der arbeitenden Bevölkerung aller Länder auf der Erde, die auf etwas unter 3,5 Milliarden Menschen geschätzt wird.

beieinander liegen als irgendwo sonst auf der Welt. Zwei Drittel aller MigrantInnen leben in nur 20 Ländern, die meisten davon in den USA. Drei Viertel aller WanderarbeiterInnen konzentrieren sich nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation ILO auf die Länder mit hohem Einkommen, also die Industrienationen Europas und Nordamerikas sowie die schwerkreichen arabischen Ölstaaten.

*Zwei Drittel aller MigrantInnen leben in nur 20 Ländern, die meisten davon in den USA.*

In den sogenannten *high income countries* stellen ZuwanderInnen rund ein Achtel aller Arbeitenden – in allen anderen Ländern sind es weniger als zwei Prozent. Nur in den Golfstaaten sind es teilweise über ein Drittel. Dort ist auch das Gefälle zwischen arabischen Einheimi-



Foto: AU/UN/IST/Stuart Price/CCO 1.0

Überlebenswichtig – Rücküberweisungen in die Heimat

ArbeitsmigrantInnen sind menschliches Kapital, oft unter großen Entbehrungen von ihren Familien und Gemeinschaften in die Fremde entsandt, in der Hoffnung, dass sich die horrenden Ausgaben für die Einreise in ein reiches Land möglichst bald amortisieren. Nicht nur sie selbst, auch ihre Nächsten in der Heimat sind zum Überleben darauf angewiesen, dass die MigrantInnen möglichst schnell möglichst viel Geld sparen und nach Hause schicken. Sie stehen daher unter einem hohen Erwartungsdruck, dem sie, gefangen in den langsam mahelnden Mühlen der Einwanderungsbürokratie in europäischen oder nordamerikanischen Ländern, meist nicht gerecht werden können. Deswegen landen viele von ihnen für kürzere oder auch längere Zeiträume in der Illegalität, weil sie dort schneller Beschäftigung finden und Geld verdienen.

Ungeachtet aller Diskriminierungen, Probleme und bürokratischer Hürden schicken ArbeitsmigrantInnen jedes Jahr umgerechnet über 500 Milliarden US-Dollar in die Heimat, also vor allem aus reichen in arme Länder – Summen, die die staatliche Entwicklungshilfe und auch in vielen Empfängerländern die privaten grenzüberschreitenden Kapitalströme in den Schatten stellen. Auf den Philippinen etwa machen diese Rücküberweisungen nach Zahlen der Weltbank schon seit etlichen Jahren das Zehnfache des Bruttonationaleinkommens aus. Die Arbeitsmigration ist also vor allem dort einer der wichtigsten Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung, wo Gesellschaften noch sehr arm, aber schon sehr internationalisiert sind.

Alle ökonomischen Studien legen nahe, dass die Arbeitsmigration für beide Seiten von Vorteil ist – für das Herkunftsland sowieso, aber auch für das Zielland, das fähige Arbeitskräfte erhält, ohne vorher in deren Heranwachsen und Bildung investiert haben zu müssen und ohne deren abhängige Familienangehörige versorgen zu müssen.

Dominic Johnson

Der Autor lebt und arbeitet als Journalist in Berlin.



ArbeitsmigrantInnen aus aller Welt schicken jedes Jahr gut 500 Milliarden US-Dollar in die Heimat – Salaternte in Arizona

Die Zahl der MigrantInnen weltweit wächst allerdings viel schneller als die Weltbevölkerung, sodass sich ihr Anteil stetig erhöht. Sie nahm zwischen 2000 und 2015 um 41 Prozent auf 244 Millionen zu – die Weltbevölkerung wuchs um knapp 25 Prozent von 6 auf 7,4 Milliarden. Die stärksten Zuwächse verzeichnet Asien, wo sehr arme und zunehmend reiche Länder näher

schen und asiatischen ZuwanderInnen auf dem Arbeitsmarkt am größten. Die krassen Unterschiede, die weltweit durch die dramatischen, teils sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen auf den Fußball-WM-Baustellen Katars bekannt wurden, sind in Europa sehr selten geworden und existieren höchstens in den düstersten Ecken des Schwarzarbeitsmarkts.



# Auf Antrag Asyl und ein Stück Land für Flüchtlinge

**Integration ist nur teuer? Von wegen: Uganda zeigt, dass eine liberale Einwanderungspolitik die Wirtschaft ankurbelt und Jobs bringt.**

In Ugandas Szeneviertel Kabalagala geht es multikulti zu: Hier, inmitten der ugandischen Hauptstadt Kampala, reihen sich eritreische Restaurants und Hotels. Im Nachtclub „Vision-Congo“ tanzen junge Leute zu kongolesischen Rumba-Rhythmen. In der Wechselstube nebenan wartet ein somalischer Händler hinter dem Schalter auf Kundschaft aus aller Welt, besonders auf die gut betuchten SüdsudanInnen, die gleich um die Ecke auf der Internationalen Universität studieren.

niederlassen können. Hier bekommen sie ohne große Umstände Asyl und ein Stück Land, auf dem sie ein Haus bauen und einen Acker anlegen können. Uganda zählt zu den wenigen Ländern weltweit, die eine sehr liberale Flüchtlingspolitik pflegen. Mehr als eine halbe Million Menschen suchen derzeit in Uganda Schutz, so viele wie noch nie in der Geschichte des ostafrikanischen Landes. Täglich retten sich hunderte weitere Flüchtlinge über die Grenzen.

*Uganda zählt zu den wenigen Ländern weltweit, die eine sehr liberale Flüchtlingspolitik pflegen.*



Foto: © Simone Schindwein

Mit einer Getreidemühle lässt sich auch im Lager ein Gewerbe aufbauen

In Kabalagala haben sich in den vergangenen Jahren unzählige Flüchtlinge aus allen Teilen des Kontinents niedergelassen. Denn Uganda gilt als stabile Insel im krisengeschüttelten Herzen Afrikas: Im Nachbarland Kongo herrscht seit über 20 Jahren Bürgerkrieg, im nördlich gelegenen Südsudan brach Ende 2013 der Konflikt erneut aus. In Burundi terrorisiert die Staatsmacht die Bevölkerung, über 200.000 Menschen sind geflohen, die meisten nach Ruanda und Tansania. Doch die Lager dort sind überfüllt – jetzt ziehen auch die BurundierInnen weiter nach Uganda, weil sie wissen, dass sie sich dort auch langfristig

Die meisten der rund 500.000 Geflüchteten leben in Ugandas riesigen Lagern im Westen des Landes. Dort sind aufgrund des Andrangs in den vergangenen Jahren regelrechte Flüchtlings-Kleinstädte in der bislang unbesiedelten Savanne entstanden. Viele bringen ihr gesamtes Hab und Gut mit: Nähmaschinen, Getreidemühlen, Pharmazeutika. Damit eröffnen sie dann in Uganda Schneidereien oder Apotheken.

Aus den krisengeplagten Nachbarländern wie Kongo und Südsudan flieht nicht nur die arme bäurische Bevölkerung, auch die Handwer-

kerInnen, die ApothekerInnen und die kleine, aber aufstrebende Mittelschicht machen sich auf den Weg, AnwältInnen oder IngenieurInnen samt ihrer Familien. Sie lassen sich in der Regel in Ugandas Hauptstadt nieder: Rund 50.000 beherbergt Kampala derzeit.

Auch sie kommen mit ihrem ganzen Ersparten, mit Autos, Möbeln und allen Habseligkeiten, melden sich in der Regel beim Ministerium für Flüchtlinge, werden registriert und erhalten innerhalb weniger Wochen eine Aufenthaltsgenehmigung. Damit dürfen sie eine Arbeit annehmen, selbst einen Betrieb eröffnen, müssen dann aber auch Steuern zahlen. Im Bestfall stellen sie, wie die eritreischen RestaurantbesitzerInnen in Kabalagala, noch ein paar UganderInnen ein und schaffen damit Arbeitsplätze.

WissenschaftlerInnen der britischen Oxford-Universität haben in ihrer jüngsten Untersuchung der „Flüchtlingswirtschaft“ Ugandas festgestellt: Die Flüchtlinge tragen einen signifikanten Teil zur wirtschaftlichen Entwicklung bei. Es war die erste Studie, die mit dem Mythos aufräumen wollte, Flüchtlinge seien wirtschaftlich abhängig und eine Belastung für das Zielland. Und tatsächlich zeigt sie: In den Lagern selbst verkaufen 26 Prozent der Flüchtlinge ihre Waren und Möbel an ugandische KundInnen. Flüchtlinge, die sich in der Hauptstadt Kampala niederlassen, bedienen in den Restaurants nicht nur ihre eigenen Landsleute, sondern bis zu 80 Prozent UganderInnen oder gar internationale Kundschaft. Umgekehrt kaufen sie über 90 Prozent der Waren für ihr Geschäft von ugandischen LieferantInnen. Dasselbe gilt in Sachen Jobs: In Kampala stellt jeder Flüchtling durchschnittlich 2,4 ArbeiterInnen an, 40 Prozent davon UganderInnen.

Dieser positive Effekt führt dazu, dass in Ugandas Gesellschaft kaum Fremdenfeindlichkeit herrscht. „Im Gegenteil“, sagt Geoffrey Murora, ein ugandischer Taxifahrer in Kabalagala. Die Ugander seien ein Händlervolk und die traditionellen Könige hätten schon vor hunderten von Jahren alle möglichen Völker eingeladen, nach Kampala zu kommen, um Handel zu treiben. „Das ist also Teil unserer Kultur“, sagt Murora: „Solange uns niemand etwas Böses will, sind alle willkommen.“

Auch das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR sieht das positiv: „Das ist ein ganz neuer Ansatz und andere Länder weltweit sollten sich das abgucken, nicht nur in Afrika“, sagt Charly Yaxlei, UNHCR-Sprecher in Uganda.

Simone Schindwein

Die Autorin lebt und arbeitet als Korrespondentin in Uganda und Zentralafrika.





# ArbeiterInnenprotest soll soziale Schieflage richten

**270 Millionen WanderarbeiterInnen in China fehlen Sozialleistungen wie gute Kranken- und Altersversorgung. Gewerkschaftliche Mitbestimmung ist auch kaum möglich. Doch nun ändert sich was.**

Kaum ein Land nimmt so wenige Flüchtlinge auf wie China, immerhin die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. Die Zahl liegt bei wenigen Dutzend ausländischen Flüchtlingen im Jahr. Dennoch meinen die Chinesen, die Hilfsbereitschaft für Flüchtlinge sei – außer in Deutschland – nirgends so groß wie in der Volksrepublik. Das zeigt eine Umfrage der Menschenrechtsorganisation Amnesty International. Das erstaunt – allerdings nur auf den ersten Blick.

China ist das Land mit der stärksten Binnenwanderung der Welt. Die Befragten dachten offenbar an jene, die innerhalb des Landes migrieren. Es sind zehntausende täglich, zumeist Bäuerinnen und Bauern, die vom Land in die prosperierenden Städte und Küstenregionen Chinas ziehen, um einen Job zu suchen mit einem Einkommen, von dem sie leben können. So machen die laut Nationalem Statistikamt insgesamt 270 Millionen WanderarbeiterInnen derzeit rund ein Drittel aller Erwerbstätigen in China aus.

Seit Mitte der 1990er Jahren haben sie maßgeblich zum wirtschaftlichen Erfolg Chinas beigetragen. Nur: Sie selbst haben davon oft wenig, ihr Wunsch, zur chinesischen Mittelklasse aufzusteigen, erfüllt sich nicht. Sie hausen in fabriкеigenen Wohnheimen, in deren Schlaf-

sälen sie sich schichtweise die Pritschen teilen müssen. Arbeitszeiten von zehn Stunden am Tag sind die Regel. Mit ihren EhepartnerInnen leben sie nicht an einem Ort, mit ihren Kindern ebensowenig. Die wachsen in den Heimatdörfern bei den Großeltern auf.

*Chinas WanderarbeiterInnen haben maßgeblich zum wirtschaftlichen Erfolg ihres Landes beigetragen. Nur: Sie selbst haben davon oft wenig, ihr Wunsch zur chinesischen Mittelklasse aufzusteigen, erfüllt sich nicht.*

Viele der zugewanderten ArbeiterInnen fühlen sich zudem von den Lokalbehörden diskriminiert, weil sie nicht über die gleichen sozialen Rechte und Leistungen verfügen wie die in den Städten registrierten BewohnerInnen. Und obwohl die Behörden den gesetzlichen Mindestlohn in den vergangenen drei Jahren deutlich angehoben haben, beklagen viele WanderarbeiterInnen weiter zu niedrige Löhne.

Seit einiger Zeit ergibt sich ein weiteres Problem: die fehlende Altersversorgung. Millionen von FabrikarbeiterInnen, BauarbeiterInnen und Putzkräften haben das sechste Lebensjahrzehnt erreicht. Diese erste Generation der WanderarbeiterInnen steht vor dem Ruhestand. Eine ausreichende Sozial- und Altersversorgung haben sie aber nicht. Den meisten bleibt kaum etwas



Foto: © ILO

Oben angekommen? Bauarbeiter auf dem Weg zum Job

anderes übrig, als sich entweder von ihren Verwandten versorgen zu lassen oder zurück aufs Land zu ziehen. „Das birgt auch unter jüngeren WanderarbeiterInnen enormen sozialen Zündstoff“, warnt der in Hongkong lebende Arbeiteraktivist und Gewerkschafter Han Dongfang vom China Labour Bulletin.

Gewerkschaftlich organisiert sind die WanderarbeiterInnen kaum. Offiziell zählt der All-Chinesische Gewerkschaftsbund ACGF zwar 280 Millionen Mitglieder, darunter sind knapp ein Drittel WanderarbeiterInnen. Ihre FunktionärInnen verstehen sich zwar als VertreterInnen der Arbeitnehmerschaft – aber im Sinne der Kommunistischen Partei. Nicht selten ist der Gewerkschaftsvorsitzende gleichzeitig Leiter der Personalabteilung oder des betrieblichen Parteisekretärs. „Sie handeln nur selten als tarifpolitischer Akteur, der sich konfliktorientiert für die Interessen der Beschäftigten einsetzt“, kritisiert Han.

Doch die ArbeiterInnen bekommen jetzt eine neue Chance, UnternehmerInnen unter Druck zu setzen. Chinas demografischer Wandel schlägt sich auf dem Arbeitsmarkt nieder. Mehr als 30 Jahre galt in China die Ein-Kind-Politik. Sie wurde erst im vergangenen Jahr abgeschafft. Und auch die wachsende Mittelschicht hat zum Bevölkerungsrückgang beigetragen: Die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter ist in den vergangenen Jahren drastisch gefallen – deutlich schneller als etwa in Japan oder Deutschland. Und so gab es in diesem Jahr nach Angaben des China Labour Bulletins bereits rund ein Drittel mehr Streiks als im gesamten Vorjahr. Obwohl die Behörden Streiks selten genehmigen, scheint die Zentralregierung in Peking die Proteste zumindest zu tolerieren. Ein Eingeständnis? Über viele Jahre war es ihr nicht gelungen, die arbeitsrechtlichen Bestimmungen gegenüber den UnternehmerInnen durchzusetzen, sagt Han. „Der Protest soll es nun offenbar richten.“

Felix Lee

Der Autor lebt als freier Journalist in China.



Foto: © ILO

Leben auf der Baustelle statt im wohlhabenden Stadtviertel: Wanderarbeiter in Beijing, China



# Hier das reiche, dort das arme Ende der globalen Lieferketten

**20 Cent Arbeitskosten für ein T-Shirt, kaum ein Prozent vom Ladenpreis für die TeeplückerInnen: Ein Lagebericht der Internationalen Arbeitsorganisation zeigt, dass die Löhne in globalen Lieferketten zur „Anpassungsvariablen“ verkommen.**

Sklaverei in Palmölplantagen, Sieben-Tage-Wochen in der Textil- und Elektronikindustrie – in globalen Lieferketten gehören Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen zum Alltag. Nachdem vor drei Jahren eine Nähfabrik in Bangladesch zusammenstürzte und dabei über 1.500 Menschen starben, beschloss die Internationale Arbeitsorganisation ILO, das Thema globale Lieferketten auf die Tagesordnung ihres Jahreskongresses im Juni 2016 zu setzen. Im Vorfeld hat sie bereits einen Forschungs- und Lagebericht veröffentlicht. Dieser zeigt, dass multinationale Unternehmen früher viele Fabriken besaßen. Heute übernehmen sie selbst oft nur die Entwicklung und Vermarktung der Produkte und beauftragen andere mit der Herstellung. Sie verlangen hohe Qualität, niedrige Preise und rasche Fertigstellung. Die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung schätzt, dass inzwischen 80 Prozent der globalen Exporte auf solche Firmenbeziehungen zurückzuführen sind.

Drei Faktoren haben diese Fragmentierung des Produktionsprozesses vorangetrieben: Erstens ermöglichen Internet und globale Finanzdienstleister die Koordination in Echtzeit. Logistik- und Transportdienstleister sorgen zweitens für rasche und zuverlässige Lieferungen. Und drittens ist die Welt mit zahlreichen Handelsabkommen zunehmend zu einem Wirtschaftsraum ohne Importbeschränkungen geworden. Betriebe auf der ganzen Welt stehen somit in unmittelbarer Konkurrenz.

Die ILO sieht in alldem grundsätzlich eine Chance für mehr Wirtschaftswachstum. In ihrem Lagebericht heißt es eher lapidar: „Allerdings gibt es auch Hinweise, dass die Dynamik der Produktion und der Beschäftigungsbeziehungen (...) die Arbeitsbedingungen negativ beeinflussen.“ Tatsächlich stecken in dem Bericht zahlreiche Beispiele, die den Abwärtsstrudel bei den Beschäftigungsbedingungen belegen.

So liegen die durchschnittlichen Arbeitskosten für ein in Asien gefertigtes T-Shirt inzwischen



Das Ende der Lieferkette: TeeplückerInnen in Indonesien. „Staatliches Steuerhandeln“ soll ihre Arbeit besser machen

nur noch bei 20 Cent. Und von den 1,60 Pfund, die britische KundInnen im Laden für ein Paket Tee zahlen, erhalten PlückerInnen weniger als ein Prozent. „Die zwischen der/dem KäuferIn und den Zulieferern ausgehandelten Preise sind nicht immer kostendeckend. Unter diesen Bedingungen werden die Löhne am Ende der Lieferkette zur Anpassungsvariablen“, schreiben die ILO-AutorInnen.

Zwar hätten inzwischen viele Firmen in Europa und den USA Verhaltenskodizes verabschiedet. Doch die HeimarbeiterInnen, die für Ikea Rattanmöbel flechten oder für Modefirmen Pailletten auf Blusen sticken, würden davon nicht erfasst. Wahrscheinlich befindet sich „ein Großteil der Arbeitsplätze, die auf den unteren Ebenen der globalen Lieferketten geschaffen werden, in mittleren, kleinen und Kleinstunternehmen“. Genauer weiß dazu niemand. Fallstudien belegen allerdings, dass Frauen in diesen extrem schlecht bezahlten und ungeschützten Arbeitsbereichen deutlich überrepräsentiert sind, während es am lukrativen Ende der Lieferketten in Europa und den USA unterdurchschnittlich viele Frauen gibt.

Immerhin berichtet die ILO auch über einige Beispiele im globalen Süden, bei denen Investitionen in die Ausbildung der Belegschaft und anständige Arbeitsbedingungen die Produktivität der Unternehmen erhöht haben – und nun alle davon profitieren. Doch das sind Ausnahmen. In der Regel beschränken sich die Arbeits-

verbesserungen und Lohnsteigerungen auf ein paar qualifizierte Beschäftigte. Die ILO fordert darum „staatliches Steuerhandeln“. In Kalifornien beispielsweise müssten Unternehmen, die weltweit mehr als 100 Millionen US-Dollar umsetzen, ihre Anstrengungen zur Beseitigung von Sklaverei und zum Schutz von Menschen-

rechten entlang der gesamten Lieferkette dokumentieren. Auch in einigen internationalen Handelsverträgen oder manchen Vorschriften zur öffentlichen Auftragsvergabe sei die Beachtung von Arbeitsrechten festgeschrieben. Die Beweislast liege aber zumeist bei den AuftragnehmerInnen.

In den Formulierungen der Verhaltenskodizes bleibe die ArbeitnehmerInnenseite oft außen vor, kritisieren die StudienautorInnen. Zudem seien Kontrollen oft lasch und von Organisationen vorgenommen, die von den AuftraggeberInnen abhängen. Wirkungsvoller seien Initiativen, die sich auf eine gesamte Branche beziehen und externe Expertise einbeziehen. Etwa bei Textilien, aber auch bei Diamanten und Gold.

Am Schluss des Berichts empfiehlt sich die ILO als die kompetenteste Institution, um „Steuerdefizite auf sektoraler, nationaler, regionaler oder globaler Ebene bei globalen Lieferketten zu beseitigen“. Die vorgelegte Bilanz unterstreicht das allerdings nicht. Die Ursachen für die Lohndrückerei und die Spaltung der Gesellschaft bleiben im Dunkeln. Dass das derzeitige Wirtschaftssystem mit seinem Wachstumscredo ein zentrales Problem und nicht die Lösung sein könnte, scheint für die ILO-AutorInnen undenkbar.

Annette Jensen

 Die Autorin lebt und arbeitet als Journalistin in Berlin.





# Von Ablehnung bis zum Gegenentwurf

**Die von Greenpeace geleakten Dokumente über die Verhandlungen zum Wirtschaftspakt TTIP geben der massiven Kritik von Gewerkschaften an dem geplanten Freihandelsabkommen Rückenwind.**

Das Beste, was sich sagen lässt, ist: Gut, nicht mehr nur auf Mutmaßungen angewiesen zu sein. Was ist passiert? Anfang Mai hat die Umweltorganisation Greenpeace Texte aus den streng geheimen Verhandlungen über das geplante Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA veröffentlicht. Das 240 Seiten umfassende Dokument zu 13 von 24 Kapiteln belegt vor allem die Position der USA. Und? „Durch die Leaks haben sich unsere Befürchtungen bestätigt“, sagt Uwe Wötzel, Gewerkschaftssekretär im Bereich Politik und Planung bei ver.di.

Allerdings sind die Unterlagen selbst für JuristInnen, die nicht auf internationales Handelsrecht spezialisiert sind, sehr schwer zu verstehen. Deshalb ist die detaillierte Auswertung noch nicht abgeschlossen, auch wenn die Grundzüge erkennbar sind. „Die USA erheben nach wie vor Forderungen, die nicht mit Standards in Europa vereinbar sind“, sagt Wötzel. Sichtbar sei eine „sehr krasse Asymmetrie“ zwischen den Rechten von Konzernen auf der einen und ArbeitnehmerInnen und VerbraucherInnen auf der anderen Seite. Beispiel Vorsorgeprinzip: Die USA wollen, dass auch in Europa Produkte auf den Markt dürfen, solange nicht wissenschaftlich bewiesen ist, dass sie schädlich sind. In Europa



„Krasse Asymmetrie“

dagegen können etwa Chemikalien schon dann aus dem Handel genommen werden, wenn der Verdacht besteht, dass sie gefährlich sind.

Für die IG Metall zeigen die Dokumente, dass die Verhandlungspartner sich bislang nicht angenähert haben. „Durch die Leaks wissen wir, dass die Verhandlungspositionen in all diesen Punkten so weit auseinander liegen, dass die Kluft praktisch nicht überbrückt werden kann“, sagt der Vorsitzende der IG Metall Jörg Hofmann. „Ich glaube nicht mehr, dass TTIP jetzt kommt.“

Die Positionen der EU waren auch schon vor den Leaks weitgehend öffentlich, die der USA aber nicht. „In den Leaks steht nicht viel Neues“, sagt Nora Rohde, die beim DGB Bundesvorstand zu TTIP und weiteren handelspolitischen Themen arbeitet. „Aber wir sehen jetzt schwarz auf weiß, wovor Gewerkschaften und andere Organisationen immer gewarnt haben. Das ist der Mehrwert der Leaks.“ Dazu gehören die Warnungen vor der Absenkung von Sozial- und Umweltstandards und die Aushöhlung demokratischer Entscheidungsprozesse.

Auch in anderen europäischen Ländern sehen Gewerkschaften ihre Warnungen durch die Leaks bestätigt. „Die nun bekannt gewordenen TTIP-Unterlagen machen klar: Es geht nicht darum, an der einen oder anderen Schraube zu drehen“, erklärt Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des Österreichischen Gewerkschaftsbunds. Sein Schluss daraus: „Die Handelspolitik der EU braucht einen Kurswechsel. Handel ist kein Selbstzweck.“ Der ÖGB fordert unter anderem den Verzicht auf Investitionsschutzbestimmungen und die Verankerung der ILO-Kernarbeitsnormen in Handelsabkommen. Diese Positionen teilen US-Gewerkschaften wie der Dachverband AFL-CIO. Auch der AFL-CIO fürchtet, dass durch TTIP Standards in den USA gesenkt werden.

In Rom folgten wenige Tage nach der Veröffentlichung der Dokumente Zehntausende dem Aufruf des italienischen Gewerkschaftsbund CGIL, der CGIL-Nahrungsmittelarbeitergewerkschaft FLAI und weiterer Organisationen zu einer Demonstration gegen TTIP. „Dieses Abkommen verletzt die Rechte der ArbeitnehmerInnen und gefährdet die Qualität der Produkte“, so Susanna Camusso, Vorsitzende von CGIL. In Großbritannien

fürchtet der Gewerkschaftsdachverband Trades Union Congress, dass ein TTIP in dieser Form das staatlich finanzierte Gesundheitswesen und andere öffentliche Dienstleistungen unter Druck setzen würde.

Auch für den Europäischen Gewerkschaftsbund EGB ist TTIP ein wichtiges Thema. Allerdings gibt es insgesamt unterschiedliche Positionen innerhalb der europäischen Gewerkschaften. Organisationen aus Skandinavien und Osteuropa befürworten Abkommen wie TTIP oder den europäisch-kanadischen Schwesterpakt CETA eher – deutsche, österreichische, britische, belgische und italienische sind dagegen sehr skeptisch. Trotzdem gibt es innerhalb des EGB in Fragen der Handelsabkommen Konsenspositionen, sagt DGB-Handelsexpertin Rohde. Dazu gehört die

Ableh-



Foto: Angula Betria/flickr, CC BY-SA 2.0

nung des vorgesehenen Investitionsschutzes mit Sonderklagerechten für Konzerne, eines möglichen Privatisierungsdrucks sowie der vorgesehenen regulatorischen Kooperation, durch die private Unternehmen im Vorfeld der Gesetzgebung von Staaten ihre Interessen einbringen können.

In Deutschland arbeiten die Gewerkschaften an einem Gegenentwurf für Freihandelsabkommen. „Wir sind nicht gegen Freihandel, sondern wollen gerechte Regeln für den internationalen Handel“, betont Rohde. Deshalb wollen Gewerkschaften Alternativen entwickeln. Das gilt auch für den Internationalen Gewerkschaftsbund. Er beschäftigt sich darüber hinaus auch mit Verträgen wie den europäisch-afrikanischen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen EPAs und dem pazifischen Wirtschaftspakt TPP. „Hierbei steht im Vordergrund, auch die Produzenten und die industrielle Entwicklung vor Ort zu unterstützen“, sagt Rohde.

Anja Krüger

Die Autorin lebt und arbeitet als Journalistin in Berlin.



# Brexit: Droht der EUxit?

**Nach dem Votum für den Austritt Großbritanniens muss endlich das Projekt soziale und demokratische EU vorangetrieben werden. Sonst sinkt die Zustimmung in Europa noch weiter!**

Weltweit befürchten die VertreterInnen des Neoliberalismus, dass ein Sieg für den Brexit einen Domino-Effekt nach sich zieht, der das neoliberale Projekt Europäische Union zerstören könnte.



Foto: Rareclass/flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Brexit-Szenario – Nach dem Referendum kommt es darauf an, die verbleibenden 27 EU-Mitglieder zusammenzuhalten

Skepsis gegenüber den europäischen Festland-Partnern gehört seit den Anfängen der Integration Europas zum britischen Alltag. So forderte Churchill zwar die enge Kooperation innerhalb Europas, die Briten selbst aber blieben bis in die 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) fern. Und kaum im erlauchten Kreis angekommen, begannen erste Absetzbemühungen, die 1975 in einer Volksabstimmung mündeten. Immerhin fast 70 Prozent der Briten entschieden sich damals für einen Verbleib in der EWG.

Die konservative Premierministerin Maggie Thatcher brachte den Neoliberalismus – für Großbritannien und Europa. Sie setzte in den 80er Jahren den so genannten Briten-Rabatt durch, der den Verteilungsschlüssel für die Finanzierung der EG außer Kraft setzte – zugunsten Großbritanniens. Dem Schengener Abkommen traten die Engländer nicht bei, die gemeinsame Währung Euro war von vornherein Teufelszeug. Ob Finanz- oder Flüchtlingskrise – die Briten nahmen Sonderrollen in Anspruch wie kein anderes Mitglied der Europäischen Union.

Dabei ist der politische Streit um den Brexit schon längst keine rein innenpolitische Debatte mehr. So findet sich auf der Seite der Brexit-GegnerInnen die gesamte britische und transnationale Elite, die die neue, neoliberale

Weltordnung repräsentiert, von Obama bis Schäuble. Zu ihnen gehören auch die meisten Wirtschaftsverbände der EU-Mitgliedsländer, die Drohkulisse von ausbleibenden Investitionen und dem Verlust tausender Arbeitsplätze im Vereinigten Königreich ausschmücken. Der tatsächliche Grund aber dürfte darin liegen, dass ein Brexit einen Domino-Effekt und das Auseinanderbrechen der EU nach sich ziehen könnte. Angesichts solcher Pläne wie TTIP und CETA, die auf EU-Ebene verhandelt werden, stellt das die neoliberale Globalisierung in Frage oder erschwert sie zumindest.

Auf der anderen Seite, der der Brexit-BefürworterInnen, stehen viele ungezählte Opfer der Ära Thatcher, der allein auf Ausbeutung basierenden wirtschaftlichen Ausrichtung europäischer und globaler Politik, hunderttausende, die ihren Arbeitsplatz verloren haben oder die aufgrund des wirtschaftlichen Drucks zu unmenschlicher Arbeit zu Niedriglöhnen gezwungen werden. Europa ist eben bis heute kein soziales Europa – und es ist eben leider



Foto: Number 10/Georgina Coupe/flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Nach EU-kritischem Kurs warb der britische Premierminister David Cameron entschlossen für den EU-Verbleib

auch kein demokratisches Europa. Gerade erst hat EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström erklärt, dass sie keineswegs beabsichtigt, TTIP und CETA von den nationalen Parlamenten abstimmen zu lassen.

Unverhohlen verfolgt die EU auch seit 2008 mit ihrer Raw Materials-Initiative einen neoliberalen und allein den Interessen der Wirtschaft dienenden Kurs und reiht sich damit in die Phalanx der ökonomisch aggressiven, einseitig auf Versorgungssicherheit ausgerichteten Staaten

ein. Zunehmend beuten private wie staatliche Rohstoffagenturen im globalen Stil und im Einklang mit den nationalen Macht- und Geldeliten Ressourcen ohne Rücksicht auf die jeweils lokale Bevölkerung aus. Spätestens das macht den Frieden, der stereotyp als Existenzgrundlage für ein integriertes Europa herhalten muss, trügerisch. Kriege werden nicht zwangsläufig mit Waffen geführt, die weltweite Flüchtlingskrise ist eben auch ein Ergebnis von Rohstoff- und Handelskriegen.

Mehr denn je macht der Streit um den Brexit deutlich, dass dem Wirtschafts-Europa von heute eine wirkliche europäische Alternative entgegen gesetzt werden muss. Wir haben alle an der Friedensicherung in Europa, an dem Zusammenwachsen der Völker und an der Freizügigkeit partizipiert. Auch vor dem Hintergrund einer humanen Lösung für das Migrationsproblem ist Europa wichtiger denn je. Aber nur ein demokratisches, soziales Europa, das nicht nur Freihandelszone ist, wird mittel- bis langfristig die Erosion des Gesamtgebildes verhindern. Warum sollten die Briten, warum griechische Bäuerinnen und Bauern, spanische oder italienische ArbeiterInnen auch einen Sinn in einer EU sehen, die sie ihrer Lebensgrundlagen beraubt? Wer den Brexit, wer den Zerfall der EU verhindern will, muss heute mit dem Projekt

„soziales, demokratisches Europa“ beginnen. Dies ist auch die Intention der europäischen Gewerkschaften, die aktuell Stellung gegen den Brexit bezogen haben.

Udo Böhlefeld

Der Autor ist Leitender Redakteur beim Weltkulturradio [multicult.fm](http://multicult.fm)

Mehr Infos: „Europäische Gewerkschaften gegen Brexit“ [www.dgb.de/presse/++co++1edb5ab4-33b8-11e6-8cbb-525400e5a74a](http://www.dgb.de/presse/++co++1edb5ab4-33b8-11e6-8cbb-525400e5a74a)





## Vorgestellt: André Edelhoff

André Edelhoff hat im Oktober die Leitung des Nord-Süd-Netzes des DGB Bildungswerk BUND übernommen. Dafür tauschte er tropische Temperaturen gegen das Rheinland. Fünf Jahre hat er für die Friedrich-Ebert-Stiftung in Vietnam und Singapur gearbeitet und dabei die Heterogenität nationaler Gewerkschaftssysteme kennengelernt. „Einen one size fits all-Ansatz gibt es in der gewerkschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit nicht. Wir müssen uns auf jeden Partner neu einstellen.“ Derzeit widmet er sich in seinem jetzigen Tätigkeitsfeld in Düsseldorf vor allem den Auswirkungen globaler Wertschöpfungsketten, dem Zusammenspiel lokaler, nationaler, regionaler und globaler Gewerkschaftsverbände und den notwendigen Schlussfolgerungen für Deutschland und die Nord-Süd-Netz-geförderten Auslandsprojekte im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele.



Foto: © DGB Bildungswerk BUND  
André Edelhoff: „Einen one size fits all-Ansatz gibt es in der gewerkschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit nicht.“

## Globale Ketten im Seminar in Hattingen


Weltweit nimmt die Arbeitsteilung zu, neue Produktionsketten umspannen den Globus und verbinden die Arbeitenden hier mit denen in anderen Industrienationen, aber auch in den ärmsten Ländern. Das ist spannend: Wenn neue Produkte entwickelt werden, wirkt sich das weltweit aus – wegen der Einflüsse auf die Umwelt, wegen der Arbeitsbedingungen. Es verändert Lebensverhältnisse und kann sozialen Frieden herbeiführen oder auch gefährden. Wie das genau funktioniert, welche Verantwortung und Handlungsmöglichkeiten hier bestehen, wie internationale Solidarität aussehen kann – das alles ist Thema des Seminars „Wenn in China ein Sack Reis umfällt. Auswirkungen globaler

Wirtschaftszusammenhänge“, das vom 31. Juli bis 5. August 2016 im DGB Tagungszentrum Hattingen stattfindet.

 Anmeldung unter [www.forum-politische-bildung.de/forum/seminar/316463112](http://www.forum-politische-bildung.de/forum/seminar/316463112)

## Seminar zu „Moderner Sklaverei“

Der Global Slavery Index 2016 ist gerade raus. 45,8 Millionen Menschen in 167 Ländern arbeiten in sklavereiähnlichen Verhältnissen, schätzen die Autoren. Das ist noch deutlich mehr, als etwa die Internationale Arbeitsorganisation ILO so definiert. 58 Prozent dieser modernen SklavInnen entfallen auf nur fünf Länder: Indien, China, Pakistan, Bangladesch und Usbekistan – alles Staaten, in denen auch Konsumgüter für westliche Industriestaaten hergestellt werden. Das DGB Bildungswerk BUND beschäftigt sich schon lange mit dem Thema. So gibt es auch hierzu ein Seminar „...noch keinen Sklaven in Katar gesehen“. Sklaverei, Zwangsarbeit und Ausbeutung im 21. Jahrhundert“. Es findet vom 13. bis 18. November 2016 im DGB Tagungszentrum Hattingen statt. Schnell anmelden!

 Anmeldung unter [www.forum-politische-bildung.de/forum/seminar/316463147](http://www.forum-politische-bildung.de/forum/seminar/316463147)  
Mehr Infos: [www.globalslaveryindex.org](http://www.globalslaveryindex.org)


## Etikettenschwindel in deutschen Supermärkten

Aldi, Edeka, Lidl und Rewe beziehen Bananen und Ananas von Plantagen, auf denen massiv gegen Menschenrechte verstoßen wird. ArbeiterInnen sind dort hochgiftigen Pestiziden schutzlos ausgeliefert, GewerkschafterInnen werden unterdrückt und bedroht, Mindestlöhne unterschritten. In keiner der 20 untersuchten Bananenplantagen gibt es eine unabhängige ArbeitnehmerInnenvertretung. ArbeiterInnen berichten



Foto: C. Claes/vredeseilanden/flickr, CC BY-NC 2.0  
Woran erkennt man eine gute Banane?

von „schwarzen Listen“ mit den Namen von GewerkschafterInnen. Das zeigt die Menschenrechtsorganisation Oxfam in ihrem aktuellen Bericht „Süße Früchte, bittere Wahrheit“. Auch auf von der Rainforest Alliance zertifizierten Plantagen, dem mit Abstand wichtigsten Nachhaltigkeitssiegel bei Bananen und Ananas, sind die Zustände katastrophal. Oxfam will nun auch in Deutschland auf das Problem – und die Verantwortung des Handels und der KonsumentInnen – aufmerksam machen und hat eine Kampagne gestartet, in dessen Fokus der Discounter Lidl steht.

 Der Bericht: [www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/suesse-fruechte-bittere-wahrheit](http://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/suesse-fruechte-bittere-wahrheit)  
Die Kampagne: [www.oxfam.de/mitmachen/aktionen/fitfuerfair](http://www.oxfam.de/mitmachen/aktionen/fitfuerfair)

## Wachsende Armut trotz Arbeit

Trotz Arbeit leben 45 Prozent der Familien in Argentinien, Kanada, China, Frankreich, Deutschland, Indien, Südkorea, Großbritannien und den USA „on the edge“ oder sogar darunter. Das zeigt die jüngste Umfrage des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit dem Titel „Frontlines Poll 2016“ zu Ungleichheit und Löhnen. 34 Prozent der Befragten sagten, sie verdienen gerade genug zum Leben, können aber darüber hinaus nichts Größeres anschaffen oder gar Geld zurücklegen. Elf Prozent hatten nicht einmal genug, um Essen, Wohnen und Energie zu finanzieren.

### IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.  
Vorsitzende: Elke Hannack  
Geschäftsführerin: Claudia Meyer  
Verantwortlich: Jens Martens  
Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms  
Satz: Achim Konopatzki

DGB Bildungswerk BUND  
Nord|Süd-Netz  
Hans-Böckler-Straße 39  
40476 Düsseldorf

Tel.: 0211/4301-333  
Fax: 0211/4301-500  
[nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de](mailto:nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de)

[www.dgb-bildungswerk.de](http://www.dgb-bildungswerk.de)  
[www.nord-sued-netz.de](http://www.nord-sued-netz.de)

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH und dem BMZ wieder.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des





2016

## Moderne Sklaverei. Nicht tolerierbar, nicht akzeptabel und nicht verhandelbar

Nach Zahlen der ILO leben global heute mehr als 21 Millionen Menschen in Sklaverei, sklavereiähnlichen Bedingungen und Zwangsarbeit, was heisst, dass zu einem einzigen Zeitpunkt in der Geschichte – mehr Menschen betroffen sind als während drei Jahrhunderten transatlantischen Sklavenhandels.

In Europa – ja, auch hier – leben in absoluten Zahlen die meisten SklavInnen in der Türkei: 185.500 Menschen. Dahinter verbirgt sich eine hohe Anzahl an Kinderheiraten, Zwangsarbeit und Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung. Auch in Polen ist moderne Sklaverei relativ stark verbreitet, die zum Teil auf der Ausbeutung billiger Arbeitskräfte aus anderen osteuropäischen Staaten sowie aus Südostasien basiert. Und soll niemand sagen, dass diese in Formen wie Arbeitsausbeutung, Zwangsprostitution nicht auch in Deutschland existieren und uns Gewerkschaften herausfordern.



Broschüre DIN A4, 76 Seiten

Flipbook zum Durchblättern

2015/2016

## Ohne Not flieht niemand! Flucht – Asyl – Migration und Menschenrecht heute

Warum verlassen Menschen ihre Heimat, wandern aus, fliehen? Und was ist der Anteil der Länder des Nordens daran? Wie organisiert man eine humanitäre Aufnahme von Geflüchteten, wie sieht eine ernstzunehmende Integration aus? Im öffentlichen Diskurs sind diese Fragen längst von neuen Abschottungsstrategien in den Hintergrund gedrängt worden. Das DGB Bildungswerk BUND will sie mit dieser Broschüre wieder in den Mittelpunkt rücken.

Unter dem Titel „Ohne Not flieht niemand. Flucht – Asyl – Migration und Menschenrecht heute“ geht es darin um die Ursachen von Flucht und Vertreibung sowie den Zusammenhang zwischen Migration und nachhaltiger Entwicklung. Asylpolitik und die Migrationsagenda der EU werden kritisch analysiert und Alternativen aufgezeigt.



Broschüre DIN A4, 60 Seiten

Flipbook zum Durchblättern

**Um Printmaterialien zu bestellen, bitte hier klicken.**

2014

## Kernarbeitsnormen der ILO – Gute Arbeit weltweit!

Jeder zweite Arbeitsplatz, der heute in Deutschland entsteht, ist prekär, das heißt: sozial und arbeitsrechtlich nicht abgesichert und oft nicht existenzsichernd. Es handelt sich um befristete oder erzwungene Teilzeitarbeit, Leiharbeit, Arbeit mit Werkverträgen oder auch Arbeit im informellen Sektor. Weltweit müssen bereits bis zu 30 Millionen Menschen unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten. Besonders gefährdet, in solche Arbeits- und Ausbeutungsverhältnisse hineinzurutschen, sind Frauen und junge Menschen, sogar Kinder.

Wie Menschen damit leben, was lokale und globale Handlungsoptionen, wer die Akteure sein können, um diesen massiven Trend zur Prekarisierung zu stoppen und umzudrehen, fasst die Broschüre „Kernarbeitsnormen der ILO – Gute Arbeit weltweit!“ zusammen.



Broschüre DIN A4, 60 Seiten

Flipbook zum Durchblättern

2012/2013

## Weltweiter Verteilungskampf um Ressourcen – Rohstoffe, Wasser, Energie

Unverhohlen verfolgt die Europäische Kommission mit ihrer Rohstoffinitiative von 2008 (Raw Materials Initiative) einen neoliberalen, den Interessen der Wirtschaft dienenden Kurs. Europa droht, sich damit in die Phalanx der ökonomisch aggressiven, einseitig auf Versorgungssicherheit ausgerichteten Staaten einzureihen. Damit unterscheidet sich Europa nur noch graduell von Staaten wie China, den Vereinigten Staaten und Kanada. Neben den Staaten agieren zunehmend auch die privaten Unternehmen in dem großen Spiel.

Mit ihren privaten wie staatlichen Rohstoffagenturen beuten sie im globalen Stil und im Einklang mit den nationalen Macht- und Geldeliten deren nationale Ressourcen zu Ungunsten der lokalen Bevölkerung aus.



Broschüre DIN A4, 60 Seiten

Flipbook zum Durchblättern